

Straßenausbau: Freie Wähler möchten Grundeigner entlasten

Alling – Die Freien Wähler (FW) wollen noch einmal versuchen, die Straßenausbau-Beitragssatzung der Gemeinde zu kippen. Ein entsprechender Antrag soll nach dem Willen der Fraktion in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt werden. Außerdem wollen die FW errei-

chen, dass die bereits beschlossene Kostenumlegung für den Umbau der Griesstraße West, der ersten Maßnahme im umfangreichen Ausbauprogramm, rückgängig gemacht wird.

FW-Fraktionschef Hans Friedl führt in der Begründung an, dass Allings gesam-

tes Straßennetz – vor allem wegen der notwendigen zeitgemäßen Entwässerung – in den nächsten Jahren saniert werden muss. Für alle Grundeigner entstünden nach dem bisherigen Modell „riesige, nicht absehbare Kosten“. Anders als in den 1990er-Jahren, als die Gemeinde aufgrund

der prekären Haushaltslage gezwungen war, alle nach dem Kommunalabgabengesetz mögliche Einnahmequellen zu erschließen und den Straßenausbaubeitrag einführte, gehe es Alling mittlerweile finanziell gut. Zur Finanzierung könne heute auch eine „Solidarumlage“ aller

Anwohner oder eine zweckgebundene Erhöhung der Grundsteuer dienen.

Friedl verweist außerdem auf die Stadt München, wo mit den Stimmen der CSU die Ausbaubeiträge abgeschafft wurden. Bayernweit habe fast die Hälfte aller Kommunen keine solche Satzung – oder

eben nicht mehr. Nach derzeitigem Kommunalabgabengesetz sollen Kommunen und Landkreise für die Herstellung oder Erneuerung öffentlicher Einrichtungen Beiträge erheben. Die Freien Wähler im Landtag wollen erreichen, dass aus dieser Soll- eine Kann-Bestimmung wird. op